

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
(17. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/4559 –**

**Für die Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Florian Toncar, Burkhardt Müller-Sönksen,  
Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/855 –**

**Für die Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China**

### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, die Zustände in den Laogai-Lagern in der Volksrepublik (VR) China weiterhin zu verurteilen und die VR China zur Schließung der Einrichtungen aufzufordern. Die Bundesregierung soll das Laogai-System im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs sowie des EU-China-Menschenrechtsdialogs weiterhin zur Sprache bringen. Die Bundesregierung soll die VR China weiterhin um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System ersuchen, einschließlich der exakten Zahl der Lager, deren genaue Lage und der Zahl der dort inhaftierten Personen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung von der chinesischen Regierung Informationen ersuchen, über die in den Laogai-Lagern hergestellten Produkte, die zugehörigen Produktbezeichnungen sowie über deren Exportländer. Im VN-Menschenrechtsrat soll die Regierung darauf hinwirken, dass die Problematik der Laogai-Lager in diesem Gremium umfassend thematisiert wird.

Zu Buchstabe b

In dem Antrag der Fraktion der FDP fordert diese, dass die Bundesregierung die Zustände in den Laogai-Lagern öffentlich verurteilt, die VR China zur Schließung der Einrichtungen auffordert und sich auf europäischer Ebene für eine Ver-

urteilung des Laogai-Systems einsetzt. Die Regierung der VR China soll um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System ersucht werden und darauf gedrängt werden, uneingeschränkte Besuche von internationalen Menschenrechtsinspektoren zuzulassen.

**B. Lösung**

- a) **Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4559 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- b) **Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 16/855 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/4559 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/855 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 28. März 2007

### **Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

**Dr. Herta Däubler-Gmelin**  
Vorsitzende

**Holger Haibach**  
Berichterstatter

**Christoph Strässer**  
Berichterstatter

**Florian Toncar**  
Berichterstatter

**Michael Leutert**  
Berichterstatter

**Volker Beck (Köln)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Christoph Strässer, Florian Toncar, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

### I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/4559** wurde in der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. März 2007 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 16/855** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Mai 2006 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, die Zustände in den Laogai-Lagern in der VR China weiterhin zu verurteilen und die VR China zur Schließung der Einrichtungen aufzufordern. Die Bundesregierung soll das Laogai-System im Rahmen des deutschchinesischen Rechtsstaatsdialogs sowie des EU-China-Menschenrechtsdialogs weiterhin zur Sprache bringen. Die Bundesregierung soll die VR China weiterhin um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System ersuchen, einschließlich der exakten Zahl der Lager, deren genaue Lage und der Zahl der dort inhaftierten Personen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung von der chinesischen Regierung Informationen ersuchen, über die in den Laogai-Lagern hergestellten Produkte, die zugehörigen Produktbezeichnungen sowie über deren Exportländer. Im VN-Menschenrechtsrat soll die Regierung darauf hinwirken, dass die Problematik der Laogai-Lager in diesem Gremium umfassend thematisiert wird.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, in Zusammenarbeit mit geeigneten Multiplikatoren deutsche Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie mit chinesischen Geschäftspartnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen. Zudem soll die Bundesregierung sich auf EU-Ebene in Zusammenarbeit mit geeigneten Einrichtungen der Privatwirtschaft für die Schaffung eines freiwilligen Gütesiegels für jene chinesischen Produkte einsetzen, welche keine in Laogai-Lagern hergestellten Komponenten enthalten und auch im Rahmen des global compact für ein Vorgehen gegen die Verbreitung von in Laogai-Lagern hergestellten Produkten eintreten. Die chinesische Regierung soll ferner um die Freigabe von Informationen über die Zahl der Todesfälle in den Laogai-Lagern ersucht und darauf gedrängt werden, uneingeschränkte Besuche der VN-Hochkommissarin für Menschenrechte, der VN-Sonderberichterstatter und von Mitarbeitern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in allen Laogai-Lagern zuzulassen.

In ihrem Antrag legen die Fraktionen dar, dass in dem „Laogai“-System politische Dissidenten ebenso wie Menschen, die wegen allgemeiner, nicht selten auch kleiner Delikte verurteilt seien, drangsaliert würden. Betroffen seien aber auch Angehörige ethnischer Minderheiten wie Tibeter, Mongolen und Uiguren sowie Angehörige religiöser Minderheiten, insbesondere auch Falun-Gong-Anhänger. In über 1 000 Gefängnissen, Arbeitslagern und angeblichen psychiatrischen Kliniken würden Andersdenkende ohne rechtstaatliches Verfahren inhaftiert und „politisch umerzogen“. Die Zahl der Inhaftierten betrage nach offiziellen Angaben 200 000. Nichtregierungsorganisationen gingen aber von einer weit höheren Zahl aus. Die Haft- und Arbeitsbedingungen, so der Antrag weiter, seien dramatisch. In den Lagern existiere keinerlei Arbeitsschutz und die Häftlinge würden auf unterschiedlichste Art gefoltert.

Der Antrag der Fraktion der FDP ist in dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitestgehend aufgegangen. Über den gemeinsamen Antrag hinaus fordert die Fraktion der FDP in ihrem Antrag, dass die Bundesregierung die Zustände in den Laogai-Lagern öffentlich verurteilt und sich auch auf europäischer Ebene für eine Verurteilung des Laogai-Systems einsetzt. Die Regierung der VR China soll zudem dazu gedrängt werden, uneingeschränkte Besuche von internationalen Menschenrechtsinspektoren zuzulassen.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag 16/4559 in seiner 38. Sitzung am 28. März 2007 beraten und einstimmig die Annahme empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag 16/4559 in seiner 55. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag 16/4559 in seiner 33. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag 16/855 in seiner 38. Sitzung am 28. März 2007 beraten und einstimmig empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag 16/855 in seiner 33. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

#### IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Anträge in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten.

Die **Fraktion der FDP** bedankte sich für die sehr gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Vorfeld dieser Entscheidung. Die Fraktion der FDP habe ja ihren Antrag zuvor eingebracht und durch die Zusammenarbeit sei man nun zu einer gemeinsamen Fassung gelangt. Dies sei sehr wichtig und für die Sache der Menschenrechte sehr gut. In dem Antrag werde ein Missstand sehr deutlich angesprochen, ohne dass man China pauschal an den Pranger stellen wolle. Es gebe sehr wohl auch Chancen, Entwicklungen und gute Perspektiven in diesem Land. Aber die Existenz des Laogai-Systems müsse angesprochen werden. Es sei wichtig, dass man dies einvernehmlich, mit großer Mehrheit und sehr deutlich tue. Bestimmte Dinge könnten noch auf eine zukünftige Entwicklung geschoben werden, aber elementare Menschenrechte, wie gerade auch das Recht von Strafgefangenen auf menschenwürdige Behandlung und richterliche Beschlüsse, müssten schon jetzt erwartet werden können. Und auch das Thema „Umerziehung“ von Andersdenkenden durch Haft, so die Fraktion der FDP, sei so dringend, dass man es jetzt ansprechen und einfordern müsse und nicht darauf vertrauen dürfe, dass es in zehn oder 20 Jahren eine Besserung gebe. Da man den gemeinsamen Antrag nun habe, erkläre die Fraktion der FDP sich einverstanden damit, ihren ursprünglichen Antrag für erledigt zu erklären.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schloss sich den Ausführungen an und begrüßte ebenfalls, dass man sich so unkompliziert habe zusammentun können, um diesen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Das Thema sei sehr wichtig. Man werde versuchen, dass die Debatte über diesen gemeinsamen Antrag im Plenum noch in der Woche vor dem EU-China-Menschenrechtsdialog stattfinden werde. Deshalb sei dies

der richtige Zeitpunkt, um als Deutscher Bundestag ein Zeichen zu setzen. Wenn man thematisch so dicht beieinander liege, solle man auch bei anderen Dingen versuchen, möglichst interfraktionelle Einigkeit zu erzielen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, sie halte es für sehr wichtig, dass man sich in diesem Punkt auf einen interfraktionellen Antrag verständigt habe. Dadurch könne man den Eindruck vermeiden, dass einzelne Fraktionen ein „China bashing“ betrieben. Die Situation in den Lagern in China müsse weiter aufmerksam verfolgt werden. Man gehe davon aus, dass bei der Delegationsreise des Ausschusses nach China im Herbst 2007 noch einmal vor Ort dieses Thema aufgegriffen werde. Man wolle diese Diskussion rational führen, auch wenn die chinesische Seite bereits sehr aufgeregt reagiert habe. Klar gemacht werden müsse, dass es einzig und allein um die Menschen gehe, die in diesen Lagern leben.

Die **Fraktion DIE LINKE** stimmte dem Anliegen des Antrags ebenfalls zu und erklärte, auch aus ihrer Sicht dürfe man Menschen nicht aus Gründen der Umerziehung in einem Lager halten. Kritisch anzumerken sei aber, dass bei der Formulierung des Antrags die Fraktion DIE LINKE wieder einmal bewusst ausgegrenzt worden sei. Deshalb wolle man das demokratische Verständnis der anderen Parteien hinterfragen. Man hoffe, dass sich die anderen Fraktionen bei zukünftigen Anträgen, wo es Gemeinsamkeiten gebe, anders verhalten würden.

Als Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss empfohlen,

- a) mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/4559 anzunehmen,
- b) mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/855 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 28. März 2007

**Holger Haibach**  
Berichterstatter

**Christoph Strässer**  
Berichterstatter

**Florian Toncar**  
Berichterstatter

**Michael Leutert**  
Berichterstatter

**Volker Beck (Köln)**  
Berichterstatter





